Reutlinger General-Anzeiger Nr. 215 vom 26. Sept. 1978

Kreistag: Schluß mit unzumutbaren Lasten durch den Münsinger Truppenübungsplatz!

Auf dem politischen wie auf dem dienstlichen Weg Einheits-Forderung nach übungsfreier Zone

Reutlingen/Münsingen. (ze) Die skandalösen Düsenjägerschüsse auf Seeburg im August, die Zerstörung von geschützten Grünzonen in diesem Sommer, Umwelt-Belastungen durch Hochwasser und Trinkwasser-Verschmutzungen, fremdenverkehrstötender Fluglärm und Panzerkettenrasseln mitten durch Städte und Ortschaften, doppelt und dreifach so viele Manöver und Übungen wie vor wenigen Jahren und immer mehr Flugzeuge, Hubschrauber, Militärlaster und Panzer auf der Alb — jetzt endlich sagt der Reutlinger Kreistag geschlossen: »Schluß«. Mit Zustimmung aller Fraktionen wird der Landkreis Reutlingen jetzt auf dem politischen wie auf dem dienstlichen Weg offiziell auf höchster Ebene gegen »unzumutbare Lasten durch den Truppenübungsplatz Münsingen« protestieren.

Er fordert in einer Entschließung, die am Montag in Reutlingen einstimmig verabschiedet wurde, die Einrichtung einer übungsfreien Zone um den (abgesperrten) 6 704-Hektar-Kriegsschauplatz mitten auf der dünnbesiedelten Alb und zudem das »Verbot jeglicher Schießübungen aus Flugzeugen« auf den Platz. Die Mehrheit der 65 Kreisparlamentarier billigte bei der Sitzung im Landratsamt auch den Zusatz-Antrag der Fraktion der Freien Wähler, das Bundesverteidigungsministerium nachdrücklich aufzufordern, »zunächst sicherzustellen, daß zumindest von der Bundeswehr ab sofort keine Übungen, von Ausnahmen abgesehen, in dieser Zone mehr stattfinden«. Landrat Gerhard Müller: »Damit hätten wir wenigstens den Fuß in der Tür, bis wirklich was Entscheidendes passiert! «

Die Bürgermeister, die beinahe komplett den FWV-Block im Reutlinger Kreistag bilden, hatten um den Passus kämpfen müssen, weil die anderen Fraktionen es aus taktischen Gründen zunächst nicht für gut gehalten hatten, die Bundeswehr separat vor konkrete Forderungen zu stellen. Sie soll jetzt den Vorreiter machen; gleichzeitig dazu aufgefordert, die Verhandlungen mit den Alliierten zu intensivieren, die den (französisch verwalteten) Truppenübungsplatz mitbenutzen und darüber hinaus den menschenleeren Alb-Raum als Übungsgelände strapazieren.

Bei drei Gegenstimmen von der CDU ist die Sechs-Punkte-Liste des Landkreises auf Antrag der FWV schließlich noch um den Absatz ergänzt worden, daß sicherzustellen sei, daß Kettenfahrzeuge (Panzer) nur mit der Bundesbahn zu Übungen auf den Münsinger Platz transportiert werden dürfen.

Eingedenk der Tatsache, daß »der Kreistag weiß, welche Bedeutung unsere Bundeswehr und deren Verbündete für die Erhaltung des Friedens haben«, verlangt er jetzt, daß bei Übungen »ein Mindestmaß von Rücksicht auf die Bevölkerung genommen wird«. Trotz zahlreicher Proteste (Klage des Landrats: »Niemand ist zuständig!«) seien die Störungen unverhältnismäßig stark, die Landschaft sei übermäßig belastet. Das könne nicht mehr hingenommen werden, »durchgreifende und umfassende Änderungen sind unerläßlich«.

Was aus der Beratung des Problem-Komplexes im Ausschuß für technische Fragen und Umweltschutz am Vormittag hervorging, zusammengestellt aus Material der Verwaltung und der CDU-Kreistagsfraktion, liest sich in den wichtigsten Passagen so:

- Die übungsfreie Zone um den Truppenübungsplatz Münsingen muß gebildet werden. Nur Übungen der im Standort Münsingen stationierten Truppen sollen dort möglich sein und Manöver, die notwendigerweise vom Übungsplatz ausgedehnt werden müssen. In dem Fall muß das örtliche Bürgermeisteramt zustimmen.

O Die Nutzung des Platzes ist auf Übungen zu reduzieren, die gefahrlos und ohne unzumutbare Lasten für die Zivilbevölkerung laufen können — Schießübungen aus Flugzeugen sind zu verbieten.

- Im Bereich des Umweltschutzes (Abfallbeseitigung, Rekultivierung, Natur- und Landschaftsschutz, Wasserwirtschaft) muß mehr als bisher geschehen.
- Verstöße sind strengstens zu ahnden, die Kooperationsbereitschaft ist zu verbessern, eine zentrale Stelle soll für Abhilfernaßnahmen zuständig sein.

1111 9111MIIIIMIN MMMMMMM MMMMM Ele111

Stimmen zum Problem

Truppenübungsplatz in der Kreistagsdebatte

Reutlingen. (uw) Ausnahmsweise einmal einer Meinung waren die Mitglieder des Kreistages bei den Beratungen über die Belästigungen der Bürger durch den Truppenübungsplatz Münsingen beziehungsweise durch Manöver außerhalb des militärischen Übungsgebietes. Einig war man sich darüber, daß die Störungen und Schädigungen auf ein zumutbares Maß heruntergeschraubt werden müssen, einig war man sich aber auch über die Tatsache, daß die Bundeswehr und deren militärischer Partner weiterhin die Möglichkeit zum üben haben müssen.

So betonte etwa Landrat Müller in der Kreistagssitzung: »Die Erhaltung des Friedens ist nur dann möglich, wenn die Bundeswehr und die NATO-Streitkräfte auf eine verteidigungsbereite Armee zurückgreifen können.« Müller wies aber auch darauf hin, »daß der Truppenübungsplatz Münsingen ursprünglich für die Kavallerie und die Infanterie geplant war und das Gelände für die heutigen Streitkräfte mit ihrer modernen Technik viel zu klein ist«.

Bezeichnend für das Echo bei den zuständigen Stellen der Militärs war eine lange Liste, von Einsprüchen und Einwenden, die vom Landratsamt gegen Übungen eingelegt wurden. Nach dem Aufzählung von Datum, Ort und Zahl der beteiligten Soldaten an einem Manöver, mußte Landrat Müller zu den Bemühungen seiner Behörde immer lapidar feststellen: »Keine Antwort, Übung durchgeführt«.

Siegfried Weber, Vorsitzender der CDU-Fraktion, differenzierte die Stellungnahmen seiner Parteifreunde in den Vorberatungen: »Wir sind nicht gegen die Bundeswehr, die NATO oder überhaupt gegen den Truppenübungsplatz. Was wir wollen ist, daß durch die Zwischenfälle in der letzten Zeit keine Antihaltung der Bevölkerung gegen den Münsinger Platz wächst.«

Für Karl Guhl, der für die SPD-Fraktion sprach, »war es klar, daß sich die militärischen Übungen nicht auf den kleinen Raum im Truppenübungsplatz Münsingen beschränken können. Wenn aber außerhalb des Geländes geübt werde, dann eben nur unter ein&'gring zu haltenden Belästigung von Landschaft und Bürgern.«

Münsingens Bürgermeister Heinz Kälberer, einer der Hauptbetroffenen der Militäranlage, klagte vor allem über die Situation, daß »die Gemeinden auf der Münsinger Alb gerade aus ihren Strukturschwächen herausgekommen seien. Jetzt aber nehmen die Belästigungen ganz andere Dimensionen an, die jene auch vom Bund geförderte Maßnahmen zunichte machen.«

»Auf der Alb besteht die große Diskrepanz zwischen Fremdenverkehr und Truppenübungsplatz«. Diese Seite des Problems beleuchtete Friedrich Lorch von der FDP. »Man müsse nicht nur an die Bürger denken, sondern auch an die Urlaubsgäste auf der Alb. Er könne es verstehen, wenn Gäste in der Umgebung des Platzes durch ein Nachtschießen verärgert sind.« Sie sei zwar kein ängstlicher Mensch, aber bei den Tieffliegern, wie miterlebt, schrecke sie doch gehörig zusammen. So die Kreisrätin Lisel Zweigle (CDU), die sich auch um den Nachmittagsschlaf von Kleinkindern sorgte: »Ich stelle mich schützend vor die Kinder. Ich wehre mich gegen die Flugzeuge, die unsere schöne Gegend in eine Hölle verwandeln. Wir leben hier doch in der Vorstufe zum Krieg. Ist das überhaupt erlaubt?«

Zwei konkrete Vorschläge zur Behebung der Sorgen machte auch Dr. Eberhard. Er wies darauf hin, daß Truppen aus weiträumigen Ländern »kein Verständnis für unsere Probleme haben.« Sie seien es nicht anders gewöhnt und müßten über die räumlichen Probleme informiert werden. Außer dem forderte er die Münsinger Geländebetreuungsstelle zu stärken, die »bisher segensreiche Arbeit geleistet habe.«

Auch Ernst Geprägs, außer seiner Funktion als Kreisrat auch noch Bauernpräsident, mischte in der Diskussion mit: »Wir müssen etwas tun, damit nicht auf kaltem Weg der Übungsplatz vergrößert wird.«